

# Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 5 Pf. oder durch die Post vierteljährlich 72 Pf. frei ins Haus.

Nr. 10.

Berlin, den 3. Juni 1917.

12. Jahrgang.

## Die erste Internationale.

Von Fr. Mehring.

### 1. Die Gründung.

II.

In England waren schon seit dem Jahre 1825 die Koalitionsverbote aufgehoben worden, aber die Existenz der Trade Unions war deshalb noch keineswegs weder rechtlich noch tatsächlich gesichert, und der Masse ihrer Mitglieder fehlte das politische Wahlrecht, das ihnen ermöglicht hätte, die gesetzlichen Hindernisse zu beseitigen, die ihnen den Kampf um eine höhere Lebenshaltung erschwerten. Das Aufkommen des kontinentalen Kapitalismus, das eine Anzahl von Existenzen entwurzelte, züchtete ihnen eine gefährliche Schmutzkonturrenz heran: bei jedem Anlauf zur Erhöhung der Arbeitslöhne oder zur Verkürzung der Arbeitszeit drohten die Kapitalisten mit der Einfuhr französischer, belgischer, deutscher oder anderer ausländischer Arbeiter. Aufrüttelnd wirkte dann besonders der amerikanische Bürgerkrieg. Er rief eine Baumwollenskrise hervor, die über die Arbeiter der englischen Textilindustrie das größte Elend brachte.

So wurden die Trade Unions aus ihrem beschaulichen Dasein erweckt. Es entstand ein neuer Unionismus, der namentlich durch einige erfahrene Beamte der größten Trade Unions vertreten wurde: Allan von den Maschinenbauern, Applegarth von den Zimmerern, Lucraft von den Schreibern, Cremer von den Maurern, Odger von den Schuhmachern und anderen. Diese Männer erkannten die Notwendigkeit des politischen Kampfes auch für die Gewerkschaften. Sie richteten ihr Augenmerk auf eine Wahlreform; sie waren die treibenden Kräfte bei einem Monstre-meeting, das unter dem Vorsitz des radikalen Politikers Bright in St. James Hall stattfand und stürmischen Protest gegen den Plan Palmerstons erhob, zugunsten der südlischen Sklaventaaten in den amerikanischen Bürgerkrieg einzugreifen, und als Garibaldi im Frühling 1864 einen Besuch in London abstattete, bereiteten sie ihm einen feierlichen Empfang.

Das politische Wiedererwachen der englischen und der französischen Arbeiterklasse rief den internationalen Gedanken wieder wach. Schon bei der Weltausstellung von 1862 fand ein „Verbrüderungsfest“ zwischen den französischen Delegierten und englischen Arbeitern statt. Enger geknüpft wurde das Band durch den polnischen Aufstand von 1863. Die polnische Sache war unter den revolutionären Elementen der westeuropäischen Kulturvölker von jeher äußerst populär; die Unterdrückung und Zerstückelung Polens machte die drei Ostmächte zu einer reaktionären Macht; die Wiederherstellung Polens war ein Stoß ins Herz der russischen Hegemonie über Europa. Schon von den Fraternal Democrats waren die Gedentage der polnischen Revolution von 1830 regelmäßig gefeiert worden; unter begeisterten Kundgebungen für die polnische Nation, doch auch immer schon in dem Sinne, daß die Wiederherstellung eines freien und demokratischen Polens eine notwendige Vorbedingung der proletarischen Emanzipation sei. So auch 1863. Auf den Londoner Polenmeetings, zu denen französische Arbeiter ihre Vertreter gesandt hatten, klang die soziale Note scharf hervor, und sie war auch der Grundton einer Adresse, die ein Ausschuß englischer Arbeiter unter dem Vorsitz Odgers an die französischen Arbeiter richtete, um ihnen für ihre Teilnahme an den Polenmeetings zu danken. Die Adresse betonte namentlich, daß die Schmutzkonturrenz, die das englische Kapital durch die Einfuhr ausländischer Arbeiter dem englischen Proletariat mache, nur möglich sei, weil es an einer systematischen Verbindung zwischen den arbeitenden Klassen aller Länder fehle.

Sie wurde von Professor Beesly, einem um die Arbeiterfrage vielfach verdienten Gelehrten, der

an der Londoner Universität Geschichte vortrug, ins Französische übersetzt und rief eine lebhaftere Bewegung in den Pariser Werkstätten hervor, die in dem Entschluß gipfelte, die Antwort durch eine Deputation persönlich nach London zu schicken. Zu deren Empfang berief der englische Ausschuß für den 28. September 1864 nach St. Martins Hall ein Meeting, das unter dem Vorsitz Beeslys tagte und bis zum Ersitzen überfüllt war. Tolain verlas die französische Antwortadresse, die vom polnischen Aufstande anhub: „Wiederum ist Polen vom Blute seiner Kinder erstickt worden, und wir sind machtlose Zuschauer geblieben“, um dann zu fordern, daß die Stimme des Volkes in allen großen politischen und sozialen Fragen gehört werden müsse. Die despotische Macht des Kapitals müsse gebrochen werden. Durch die Teilung der Arbeit sei der Mensch zum mechanischen Werkzeug geworden, und der Freihandel ohne Solidarität der Arbeiter müsse eine industrielle Leibeigenschaft herbeiführen, die unbarmherziger und verhängnisvoller sei, als die in den Tagen der großen Revolution zerbrochene Leibeigenschaft. Die Arbeiter aller Länder müßten sich vereinigen, um einem verhängnisvollen System eine unüberwindliche Schranke entgegenzusetzen.

Nach einer lebhaften Debatte, in der Eccarius für die Deutschen sprach, beschloß das Meeting auf den Antrag des Trade Unionisten Wheeler, ein Komitee niederzusetzen, mit der Vollmacht, seine Zahl zu vermehren und die Statuten für eine nationale Vereinigung zu entwerfen, die vorläufig gelten sollten, bis im nächsten Jahre ein internationaler Kongreß in Belgien endgültig darüber entschied. Das Komitee wurde gewählt; es bestand aus zahlreichen Trade Unionisten und ausländischen Vertretern der Arbeiterschaft, darunter für die Deutschen — ihn nennt der Zeitungsbericht an letzter Stelle — Karl Marx.

### 2. Inauguraladresse und Statuten.

Marx hatte bis dahin keinen tätigen Anteil an der Bewegung genommen. Er war von dem Franzosen Le Lubez aufgefordert worden, sich für die deutschen Arbeiter zu beteiligen und namentlich einen deutschen Arbeiter als Sprecher zu stellen. Er schlug Eccarius vor, während er selbst dem Meeting nur als stumme Figur auf der Plattform beizuwohnte.

Marx dachte von seiner wissenschaftlichen Arbeit hoch genug, um sie aller Vereinspielerei voranzustellen, die von vornherein aussichtslos erschien, aber er schob sie gern zurück, wo nützliche Arbeit für das Proletariat zu verrichten war. Diesmal erkannte er, daß „wirkliche Mächte“ im Spiel waren. Er schrieb an Weydemeyer, und ähnlich an andere Freunde: „Das neulich errichtete Internationale Arbeiterkomitee ist nicht ohne Bedeutung. Seine englischen Mitglieder bestehen meist aus den Chefs der hiesigen Trade Unions, also den wirklichen Arbeiterkönigen von London, denselben Leuten, die dem Garibaldi den Riesenempfang bereiteten und die durch das Monstre-meeting in St. James Hall (unter Brights Vorsitz) Palmerston verhinderten, den Krieg an die Vereinigten Staaten zu erklären, wie er auf dem Punkte stand, es zu tun. Von seiten der Franzosen sind die Mitglieder unbedeutend, aber sie sind die direkten Organe der leitenden Arbeiter in Paris. Ebenso besteht Verbindung mit den italienischen Vereinen, die kürzlich ihren Kongreß in Neapel hielten. Obgleich ich jahrelang systematisch alle Teilnahme an allen „Organisationen“ ablehnte, so akzeptierte ich diesmal, weil es sich um eine Geschichte handelt, wo es möglich ist, bedeutend zu wirken.“ Marx erkannte, daß „offenbar ein Wiederaufleben der arbeitenden Klassen stattfindet“, und ihnen die neuen Wege zu bahnen, hielt er für seine oberste Pflicht.

Dabei fügte es sich glücklich, daß ihm die geistige Leitung durch äußere Umstände von selbst zufiel. Das gewählte Komitee ergänzte sich durch Hinzuziehung neuer Kräfte; es bestand aus etwa 50 Mitgliedern, zur Hälfte englischen Arbeitern. Danach war am stärksten Deutschland durch etwa 10 Mitglieder vertreten, die wie Marx, Eccarius, Leßner, Lochner, Pfänder schon dem Bunde der Kommunisten angehört hatten. Frankreich hatte 9, Italien 6, Polen und die Schweiz je 2 Vertreter. Nach seiner Konstituierung setzte das Komitee ein Unterkomitee nieder, das Programm und Statuten entwerfen sollte.

Zu dieses Unterkomitee wurde auch Marx gewählt, doch war er durch Krankheit oder wegen zu später Benachrichtigung wiederholt verhindert, den Beratungen beizuwohnen. Derweil hatten sich der Major Wolff, der Privatsekretär Mazzini, der Engländer Weston und der Franzose Le Lubez vergebens mit der Lösung der Aufgabe befaßt, die dem Unterkomitee gestellt war. So populär Mazzini damals unter den englischen Arbeitern war, so verstand er sich doch viel zu wenig auf die moderne Arbeiterbewegung, um mit seinem Entwurf geschulten Trade Unionisten zu imponieren. Der proletarische Klassenkampf war ihm unverständlich und deshalb verhaßt. Sein Programm verstieg sich höchstens zu einiger sozialistischer Phrasologie, über die das Proletariat im Anjange der sechziger Jahre längst hinaus war. Ebenso waren seine Statuten aus dem Geiste einer vergangenen Zeit geboren; in der streng zentralistischen Weise politischer Verschwörungsgesellschaften abgefaßt, verstießen sie wie gegen die Lebensbedingungen der Trade Unions im besonderen, so im allgemeinen gegen die Lebensbedingungen eines internationalen Arbeiterbundes, der keine neue Bewegung schaffen, sondern nur die in verschiedenen Ländern schon vorhandene, aber ver-zettelte Klassenbewegung des Proletariats verbinden sollte. Ebenso wenig kamen die Entwürfe, die Le Lubez und Weston vorlegten, über ein allgemeines Phrasengeklänge hinaus.

So war die Sache gründlich verfahren, als Marx sie in die Hand nahm. Er war entschlossen, daß wo möglich „nicht eine einzige Zeile von dem Zeug stehen bleiben sollte“, und um sich ganz davon zu emanzipieren, entwarf er — was auf dem Meeting in St. Martins Hall nicht vorgelesen war — eine Adresse an die arbeitenden Klassen, eine Art Rückblick auf ihre Schicksale seit 1848, um danach die Statuten um so klarer und kürzer zu fassen. Das Unterkomitee nahm seine Vorschläge sofort an, nur daß es in die Einleitung der Statuten einige Phrasen von „Recht, Pflicht, Wahrheit, Moral und Gerechtigkeit“ einschaltete, die Marx jedoch, wie er an Engels schrieb, so unterzubringen wußte, daß sie keinen Schaden anrichten konnten. Dann nahm auch das Generalkomitee Adresse wie Statuten einstimmig und mit großer Begeisterung an.

Dem alten Heerbann der kriegervereintlichen Zilindergarde ist ein hochmoderner Konkurrent entstanden: Vor einigen Tagen hat sich, zunächst in Berlin, ein sozialdemokratischer Kriegerverein gebildet, dem diese Bezeichnung zwar auf die Nerven fällt, der aber im Wesen nichts anderes ist, als eine Uebertragung kriegervereintlicher Methoden auf den Boden der Arbeiterbewegung. Die neue, in der Fieberlust der Kriegsspiellose entstandene Organisation nennt sich „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“, und ihr Generallistimus ist ein Herr Kuttner, über den noch einiges zu sagen sein wird. Die neue kriegerische Sonderorganisation erfreut sich der Protektion der Gewerkschaftsführer und des regierungssozialistischen Parteivorstandes, und bei den guten Beziehungen, die diese erhabenen Instanzen zu den Behörden haben — in der letzten Nummer der „sozialdemokratischen Feldpost“ wurde das ganz besonders rühmend hervorgehoben — werden die Mannen Kuttners auch oben einigermaßen gut ange-

## Achtung! Stillgestanden! Augen rechts!

Dem alten Heerbann der kriegervereintlichen Zilindergarde ist ein hochmoderner Konkurrent entstanden: Vor einigen Tagen hat sich, zunächst in Berlin, ein sozialdemokratischer Kriegerverein gebildet, dem diese Bezeichnung zwar auf die Nerven fällt, der aber im Wesen nichts anderes ist, als eine Uebertragung kriegervereintlicher Methoden auf den Boden der Arbeiterbewegung. Die neue, in der Fieberlust der Kriegsspiellose entstandene Organisation nennt sich „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“, und ihr Generallistimus ist ein Herr Kuttner, über den noch einiges zu sagen sein wird. Die neue kriegerische Sonderorganisation erfreut sich der Protektion der Gewerkschaftsführer und des regierungssozialistischen Parteivorstandes, und bei den guten Beziehungen, die diese erhabenen Instanzen zu den Behörden haben — in der letzten Nummer der „sozialdemokratischen Feldpost“ wurde das ganz besonders rühmend hervorgehoben — werden die Mannen Kuttners auch oben einigermaßen gut ange-



schrieben sein. — solange sie hübsch brav bleiben und der alten, bewährten, staats-erhaltenden Kriegervereinsarmee nicht allzusehr in die Quere kommen. Sobald sie aber nicht so sehr Kriegervereinsler als vielmehr Sozialdemokraten und freie Gewerkschaftler sein wollen, wird die ganze Kuttner-Herrlichkeit zusammenpurzeln, und die Arbeiter, die sich für diese ungesunde Kriegsgründung einfangen ließen, werden erkennen, daß ihre Klasseninteressen, auch als Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte, am besten in den Organisationen aufgehoben sind, in denen der politische und wirtschaftliche Befreiungskampf des Proletariats am entschiedensten und unabhängig von jeder Rechnungsträgerei geführt wird.

Ehe Herr Kuttner an die Formation seiner Kolonnen heranging, hat er das Gelände durch ein Wirkungsschießen mit Artikeln sturmfrei gemacht, die in der „Sozialdemokratischen Feldpost“, der J. K., im regierungssozialistischen Zentralorgan usw. erschienen. Schon diese Hilfstruppen sollten die Kriegsteilnehmer, die doch die von diesen Herrschaften begangenen Kriegssünden am eigenen Leibe büßen mußten, stützig machen. Denn, was in den genannten Presseerzeugnissen an Russenfreierei, Englandhege, imperialistischen Treibereien und Verhegung der Internationale geleistet worden ist, hat sicher nicht zu einer Ablürzung des Völkermürgens und der Kriegstrapazen beigetragen. Und wenn sie jetzt große Friedenstiraden verzapfen, so darf das nicht die Tatsache vergessen machen, daß sie jahrelang das „Durchhalten“ gepredigt und sich über das „Friedensgesellen“ derjenigen lustig gemacht haben, die als ehrliche Sozialdemokraten schon vor Jahr und Tag von der Partei nicht nur wirkliche Friedensworte, sondern auch Friedens-taten verlangten. Und über die Theorie vom absoluten Verteidigungskrieg, die von den genannten Herrschaften als unerschütterliches Dogma verfolgt wird, mögen sich die Kriegsteilnehmer mit ihnen auseinandersetzen, die in Mazedonien, in Rumänien usw. ihre Knochen zu Markte getragen haben. Jedenfalls muß die Gönnerschaft dieser neuorientierten sozialdemokratischen Organe für jeden Kriegsteilnehmer, der noch einen Funken proletarischen Trostes und sozialdemokratischer Ueberzeugung in sich spürt, höchst bedenklich sein.

Herr Kuttner verweist in seinen Artikeln auf die ungeheure Stärkung, die der Organisationsgedanke in diesem Kriege erfahren habe und begründet damit die Notwendigkeit seines Kriegerbundes. Gewiß, die Organisation ist ein äußerst wichtiger Faktor nicht allein in diesem Kriege, sondern auch für die kommende Friedenszeit; aber Organisation am rechten Platze und am geeigneten Objekt. Sonst kann auch hier Vernunft Unsinn, Wohltat Plage werden. Das Beispiel der zahllosen Kriegsgefellschaften, die unser Ernährungsweisen usw. in Grund und Boden organisiert haben, ist da recht lehrreich. Wenn man aber, wie Herr Kuttner, die Organisation zum Fetisch erhebt, warum soll man da bloß halbe Arbeit machen? Dann kann sich zum „Bund der Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigten“ auch ein „Bund der sozialdemokratischen Hilfsdienstpflichtigen“ gesellen. Und wenn man wie Herr Kuttner Wert auf Spezialisierung in der Organisation legt, dann kann sein Kriegerbund auch noch in eine ganze Anzahl von Untergruppen zerfallen. Eine der wichtigsten Aufgaben seiner Gründung: die Pflege der Kameradschaftlichkeit, könnte weit besser erfüllt werden, wenn sich Vereine bildeten, wie „Verein sozialdemokratischer Inhaber des Eisernen Kreuzes 2. Klasse“ oder „Arbeiterverein der Inhaber der Lippe-Deimoldischen Kriegsauszeichnung“, „freie Organisation ehemaliger Schipper“ usw. Die Spezialisierung könnte im Interesse der Kameradschaftlichkeit noch viel wirkungsvoller den einzelnen Truppengattungen und Truppenteilen angepaßt werden; ein „Arbeiterverein ehemaliger Kameraden des überplanmäßigen Ersatz-Landsturm-Infanterie-Regiments Nr. 3579“ würde z. B. der proletarischen Kameradschaftlichkeit doch sehr gute Dienste leisten. Und sozialdemokratische Klubs ehemaliger Vicespieße, Offiziersstellvertreter und — des lebendigsten Beweises der Demokratisierung des deutschen Militarismus — Leutnants der Landwehr 1. und 2. Aufgebots würden vorbildliche Pflanzstätten der Vaterlandsliebe und der Kameradschaftlichkeit sein.

Die Idee des Herrn Kuttner, in all ihren Konsequenzen zu Ende gedacht, wird zur Groteske. Aber die Sache ist doch auch bitterernst. In den

Propagandaartikeln dieses Herrn ist von Sozialismus überhaupt nicht die Rede, an einer Stelle proklamiert er sogar parteipolitische Neutralität, um im gleichen Atemzuge seine Truppe als „Sturmblod für energische Fortführung der gesamten Sozialpolitik“ anzupreisen und ihr im Kampfe für Volkswehr und gegen Kriegstreiber eine ausschlaggebende Rolle zuzuschreiben. Eine Konfusion sondergleichen. Aber nicht Verwirrung und Zerplitterung dürfen die Kriegsteilnehmer in der Arbeiterbewegung fördern helfen, sondern Klarheit des Denkens und Entschiedenheit des Handelns in den kommenden Kämpfen der Friedenszeit. Sie haben die Nöte des Völkergemeines am meisten am eigenen Leibe gespürt, sie haben alle Ursache, alles dafür einzusetzen, daß ihnen und ihren Kindern eine zweite Weltkatastrophe erspart bleibt, daß Demokratie und Sozialismus die imperialistischen Gewalten und den Polizeistaat überwinden. Das geschieht aber nicht durch eine sozialpolitisch vermantelte Vereinspielerei, sondern durch klaren und offenen Kampf auf wirtschaftlichem und politischem Boden und durch die politischen und wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse. Die allzu große Zerplitterung der Arbeiter in allen nur möglichen Vereinen außerhalb der Partei und der Gewerkschaften, die vor dem Kriege vorhanden war, hat sicher die Arbeiterklasse nicht fähiger gemacht, der Weltkatastrophe gerüstet und tatbereit entgegenzutreten. Auch auf diesem Gebiete wird nach dem Kriege noch manches zu ändern und zu bessern sein, wollen wir uns in kürzerer oder längerer Zeit nicht wieder einen so furchtbaren Aderlaß und einen so gewaltigen Rückschlag unserer ganzen Bewegung aussetzen. Als erste Kriegserbschaft aber eine neue Vereins-simpelei zu den anderen in den Kauf zu nehmen, dagegen muß sich der gesunde proletarische Sinn nach den entsetzlichen Prüfungen dreier Weltkriegsjahre wehren.

Wir wissen, daß es noch genug ungeschulte und oberflächliche Arbeiter gibt, denen das äußerliche Drum und Dran des Kriegshandwerks derart imponiert, daß sie auch nach der Dienstzeit etwas Kommunitatmosphäre haben müssen. Die finden sie in den Kriegervereinen. Aber die Kriegswirkungen: Steuerdruck, Teuerung, Arbeitsschwierigkeiten, politische Entrechtung usw. werden auch hier manchen zum Nachdenken und Abschwenken bringen. Die Kriegsteilnehmer aber, die wenigstens das ABC der Arbeiterbewegung begriffen haben, und denen der Weltkrieg eine eindringliche Lehre gewesen ist, die brauchen weder die alten Kriegervereine noch einen rötlich angehauchten Ersatz-Kriegerverein Kuttnerischer Erfindung. — die gehören in ihre politische und gewerkschaftliche Organisation und finden dort Mittel und Wege genug, ihre Interessen wahrzunehmen und ihre Erfahrungen zu verwerten. Den leidenschaftlichen und energischen Kampf, den wir gegen neue Kriegsgefahren und Kriegsmöglichkeiten sowie für die Freiheit des Volkes führen müssen, können die Kriegsteilnehmer am besten Schulter an Schulter mit den anderen Partei- und Klassengenossen führen auf dem natürlichen Kampfboden, der hierfür vorhanden ist: auf dem Boden der politischen Partei und im Rahmen der sozialdemokratischen Organisation. Herr Kuttner hat für seinen Kriegerbund ein sehr schönes politisches Programm aufgestellt. Er sagt:

„Als Kriegsteilnehmer fordern wir Beseitigung aller Vorrechte in Reich, Staat und Gemeinden, durch die Vermögen, Steuerleistung oder Geburt über die Erfüllung der Landesverteidigungspflicht gestellt wird. Als Kriegsteilnehmer fordern wir Umwandlung des Heeres in ein wirkliches Volkshier; als Kriegsteilnehmer fordern wir eine Politik, welche die Wiederkehr künftiger Kriege verhindert, als Kriegsteilnehmer wollen wir die Erkenntnis dessen, was ein moderner Krieg bedeutet, noch auf Generationen in der Bevölkerung wach halten.“

Aber das sind samt und sonders Forderungen und Ziele, die einzig und allein von der politischen Partei vertreten werden können. Wozu da erst noch der Umweg und die Kräftezerplitterung durch eine Sonderorganisation. Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte können innerhalb ihrer politischen Organisation doch viel direkter und viel anfeuernder wirken, ihre Erfahrungen haben doch hier viel größeren agitatorischen Wert, als wenn sie sich in einem Verein von ihren politischen Kampfgenossen absondern. Ganz abgesehen von dem doppelten Aufwand an Kraft, Zeit und Geld, bei dem erfahrungsgemäß ein Teil, in diesem Falle

der Kriegerverein oder die Parteiorganisation, immer zu kurz kommt.

Und nun zur Frage der Kriegsbeschädigten. Gewiß ein sehr ernstes Problem. Herr Kuttner stellt auch hier sehr weitgehende Forderungen. Er und sein Bund will eintreten für eine Neuregelung des Militärrentenwesens, für Ausbau der Wirtschaft- und sozialpolitischen Gesetze für Kriegsbeschädigte usw. Alles recht gut und schön. Soweit es sich aber um gesetzgeberische Maßnahmen handelt, können diese wiederum nur durch politische Aktionen durchgeführt werden. Auch hier hat wieder die Partei die Hauptarbeit zu leisten. Ihre Vertreter im Parlament, die Organisation außerhalb des Parlaments durch Agitation und Aufklärungsarbeit in Versammlungen, Presse usw. Die Kriegsbeschädigten tun daher besser, gleich vor die rechte Schmiede zu gehen und nicht erst den Umweg über einen Kriegerverein zu machen. Soweit aber die praktische Wahrnehmung der Interessen der Kriegsbeschädigten in Betracht kommt, so sind die Gewerkschaften, die Arbeitersekretariate usw. die gegebenen Einrichtungen, die angesichts der Riesenzahl der Kriegsbeschädigten nur ausgebaut zu werden brauchen, was bei dem vielgerühmten Organisations-talent der Gewerkschaftsführer sicher keine Schwierigkeiten macht. Dazu ist nur notwendig, daß die Kriegsbeschädigten tätige Mitglieder ihrer Gewerkschaften bleiben und werden, dort für eine Demokratisierung, d. h. für eine Erweiterung des Mitbestimmungsrechtes der Mitglieder eintreten und damit den schwerfälligen, bürokratischen Apparat vorwärts treiben.

So ergibt eine jährliche Prüfung des Kuttnerischen Kriegerbund-Programms dessen völlige Zwecklosigkeit. Es ist auch nur ein demagogischer Kniff, wenn er seinen Bund als besonders wirksames Kampfmittel „gegen die Strafe des Anbindens, gegen die besseren Offiziersküchen, gegen die sonstigen Klassenunterschiede in der Armee“ anpreist. Das gehört eben alles zum politischen Kampfe für eine Demokratisierung Deutschlands, auch auf dem Gebiete des Heerwesens. Was soll man aber von einem Manne halten, der über zwei Jahre lang in der „Chemnitzer Volksstimme“, in der „Glocke“, und jetzt in seiner Doppelseigenschaft als Redakteur der J. K. und des „Vorwärts“ ein, man kann schon mit gutem Gewissen sagen, Verherrlicher des Krieges war, der Artikel schrieb, die einem stoffkonservativen Kriegervereinsblatte Ehre gemacht hätten! Einem solchen Manne gegenüber sollten Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte nach den bitteren Prüfungen, die die Kriegszeit ihnen beschert hat, vorsichtig sein. Der Verdacht liegt auch nahe, daß angesichts der offenen und geheimen Fäden, die J. K., „Vorwärts-Vorwärts“ und Generalkommission der Gewerkschaften verbinden, der Kuttnerische Kriegerbund als eine dem Gewerkschaftsführern und dem regierungssozialistischen Parteivorstande treu ergebene Schutzgarde ausgebildet werden soll. Herr Leutnant Südelum, Herr Leutnant Göhre, Herr Bizefeldwebel Heinrich Schulz usw. werden gern ihren fachmännischen Rat dazu erteilen.

Aber wenn die Herren kommandieren: „Augen rechts!“ so rufen wir den Kriegsteilnehmern und Kriegsbeschädigten zu: „Augen links! Folgt nicht der Werbetrommel des Herrn Kuttner, sondern haltet euch zu euren Gewerkschaften und sorgt dort für Besserung, haltet euch aber zu der politischen Partei, die unabhängig von irgendwelcher Rücksichtnahme auf Regierung und trügerische Augenblickserfolge den entschiedenen Kampf führt für Demokratie und Sozialismus, zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands!“

## Wochenschau.

Vom 23. bis 30. Mai 1917.

Die Kriegsergebnisse haben auch in der Pfingst-woche keine Pause erfahren. Die Heere der sogenannten christlichen Kulturstaaten haben auch an den Tagen, an denen die christliche Lehre den internationalen Gemeinheits- und Friedensgedanken am eindringlichsten predigt, in verbissener Wut miteinander gerungen und Tod und Verderben gehäuft. Die schon Monate währende und sich auf Hunderte von Kilometern erstreckende Schlacht im Westen wogt noch immer auf und nieder. Besonders blutig ist es aber in der vergangenen Woche an der Isonzo-Front hergegangen, wo die Italiener in einer jetzt zwei Wochen währenden Massenschlacht zum zehnten Male versuchen, ihre strategischen Pläne, die auf die Eroberung Triests hinauslaufen, zu verwirklichen. Die obg. iteinige Karst-hochfläche, die eine wichtige Etappe für den ita-  
lieni-



ischen Plan dargestellt, ist mit Strömen von Menschenblut getränkt worden, ohne daß die Italiener bis jetzt einen wirklichen Erfolg verzeichnen können. Ein furchtbarer Abderlaß für beide Parteien. Das ist auch hier das letzte Endergebnis des mörderischen Ringens.

Deutsche Zeppeline haben in der vergangenen Woche Luftangriffe auf verschiedene Gegenden Englands unternommen.

Die deutsche Regierung hat rücksichtsloses Vorgehen gegen feindliche Lazaretttschiffe im Mittelmeer angekündigt, weil diese zu Munitionstransporten verwendet werden.

Im Auslande hat die Pfingstwoche eine ganze Anzahl bedeutender Ereignisse gezeitigt. In Oesterreich ist am 30. Mai nach vierjähriger parlamentarischer Zeit der Reichsrat zusammengetreten. Eine Unsumme von politischen, sozialen und nationalen Streitfragen, die alle durch das absolutistische Regiment zurückgedrängt waren, wird jetzt an die Oberfläche kommen. Die vorbereitenden Parteikämpfe der letzten Zeit gaben schon einen Vorgeschmack von dem großen politischen Ringen, das das politische Leben Oesterreichs erschüttern wird. Auch die österreichische Sozialdemokratie, die während des ganzen Krieges das wenig erhebende Schauspiel eines energielosen Dabingegebers geboten und damit die Tragödie eines Friedrich Adler verständlich gemacht hat, wird aller Wahrscheinlichkeit nach ähnlichen inneren Erschütterungen entgegengehen wie die deutsche Sozialdemokratie. Gegen das Todesurteil gegen Friedrich Adler ist übrigens von dessen Rechtsbeistand die Nichtigkeitsbeschwerde, oder, wie wir in Deutschland sagen, Revision eingeleitet worden. Auch der russische Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Protest gegen eine etwaige Vollstreckung des Urteils an Friedrich Adler bekanntgegeben. — Zwischen der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierung werden in den nächsten Tagen Handelsvertragsverhandlungen eingeleitet werden. Damit ist die Gefahr verbunden, daß der Grundstein zu neuen, den internationalen Warenaustausch verbarrickadierenden Zollmauern und damit zu neuen Konstellationen gelegt wird. Die Sozialdemokratie hat solchen Vorgängen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und hat in ihren Friedensforderungen allen Bestrebungen, den Wirtschaftskrieg nach Beendigung des Völkermürgens zu proklamieren, entgegen zu treten. Der ungarische Ministerpräsident Tisza soll nicht allein wegen der Wahlrechtsfrage, sondern auch wegen seiner extrem-agrarischen Haltung in Fragen der Sozialpolitik gefürchtet worden sein, wie ja die ungarischen Magyarer durch ihr brutal-egoistisches Vorgehen besonders Serbien gegenüber ein reiches Maß Schuld am Ausbruch des Weltbrandes tragen. Die Wahl des Nachfolgers für Tisza macht sehr große Schwierigkeiten, da die Führer der bürgerlichen Parteien Ungarns sich an dem heißen Eisen der Wahlrechtsfrage die Hände nicht verbrennen wollen. Nur die ungarische Sozialdemokratie tritt mit Entschiedenheit für ein wirklich demokratisches Wahlrecht ein.

In Frankreich hat der Ministerpräsident Ribot in der Kammer eine Rede gehalten, die wesentlich gedämpfter klang als die früheren großsprecherischen Ministerkundgebungen. Die Wirkungen der Vorgänge in Rußland machen sich, wenn auch sehr langsam, bemerkbar. Es fällt den Ententeregierungen nicht leicht, ihre Annexions- und Befreiungsprogramme den Friedensforderungen der russischen revolutionären Regierung anzupassen. So hat sich Ribot, wie es auch der deutsche Reichskanzler in seiner letzten Rede tat, auf einer mittleren Linie bewegt und sich nur sehr verhalten über Annexionen und Kriegsentzündung ausgesprochen. Die Wiedereroberung von Elsaß-Lothringen rechnet er natürlich nicht zu den Annexionen. Für den internationalen Regierungsozialismus ist es charakteristisch, daß die französischen Mehrheitssozialisten Ribots Rede mit stürmischem Beifall aufgenommen haben, wie ja auch die deutschen Regierungsozialisten aus der für sie doch recht nachlichen Rede Bethmanns allerlei schöne Dinge erwiderten.

In Rußland, wo der neue Kriegsminister Kerenski eine angestrengte Tätigkeit entfaltet, um das Heer zur Verteidigung der errungenen Freiheiten widerstandsfähig zu machen, mehrten sich die Stimmen gegen den Abschluß eines Sonderfriedens; so hat sich in den letzten Tagen ein Kongreß revolutionärer Offiziere und mehrere Bauernkongresse gegen einen Sonderfrieden ausgesprochen. Herr Bethmann-Hollweg hat also mit seinem Liebeswerben um Rußland der Sache eines allgemeinen Friedens keinen besonderen Dienst erwiesen. — Der Arbeiter- und Soldatenrat verlangt jetzt die Veröffentlichung der diplomatischen Geheimverträge, wogegen sich aber die bür-

gerlichen Mitglieder der Regierung noch stemmen. Auch die diplomatische Vertretung Rußlands im Auslande wird jetzt Männern übertragen, die nichts mehr mit dem alten zarischen Zirkel gemein haben. Für den 1. Juni ist ein Kongreß sämtlicher russischer Arbeiter- und Soldatenräte einberufen worden.

In England ist, im Gegensatz zu Deutschland, trotz des Kriegszustandes eine wichtige innerpolitische Neuordnung vollzogen worden. Das Parlament hat eine Wahlreform beschlossen, durch die die Zahl der proletarischen Wähler erheblich vermehrt wird. Am wichtigsten ist aber, daß den Frauen über 30 Jahre das Wahlrecht zugestanden wurde; über 6 Millionen Frauen haben dadurch staatsbürgerliche Rechte erlangt.

Der belgische Regierungsozialist Vandervelde befindet sich zurzeit in Rußland. Er hat sich dort für einen Frieden ohne Annexionen ausgesprochen. Elsaß-Lothringen bedeutet für ihn aber keine Annexion, sondern eine „Desannexion“. Auch verlangt Vandervelde, daß Deutschland den in Belgien und Nordfrankreich angerichteten Schaden erzeuge.

In der Schweiz ist es im Orte Chaux-de-Fonds zu Unruhen gekommen, weil der sozialistische Nationalrat Garber ins Gefängnis gehen mußte. Er wurde von Demonstranten aus dem Gefängnis befreit. Die Regierung sandte Truppen in die Stadt, die gegen die Arbeiter mit großer Rücksichtslosigkeit vorgingen, so daß diese mit dem Generalstreik drohen, wenn die Truppen nicht zurückgezogen werden. Der Vorgang ist sehr beachtenswert für diejenigen unter uns, die das Schweizer Milizsystem rein schematisch als Vorbild für die Demokratisierung unseres Heerwesens ansehen.

Auch in Portugal gährt es bedenklich. In Lissabon fanden in der letzten Woche große Hungerrevolten und Straßenkämpfe statt, bei denen es viele Tote und Verwundete gab. Sie gemeldet wurde, nimmt die Regierung angeichts der Stimmung im Volke davon Abstand, weitere Truppen als Kanonenfutter auf den westlichen Kriegsschauplatz zu senden, wo seit einiger Zeit bereits portugiesische Regimenter kämpfen.

Die Regierung Brasiliens hat sich als mit Deutschland im Kriegszustande befindlich erklärt. Die praktische Folge dieses Schrittes wird sein, daß die in den brasilianischen Häfen liegenden deutschen Schiffe der Entente zur Verfügung gestellt werden, und daß die brasilianische Flotte an der Ueberwachung der amerikanischen Gewässer gegen deutsche U-Boote usw. teilnimmt. Auch wirtschaftlich wird Brasilien jetzt enger mit den Vereinigten Staaten und den Ententeländern verbunden, wodurch die Rohstoff-Versorgung Deutschlands nach dem Kriege nicht gerade erleichtert wird.

Das Eintreten für die Konferenz in Stockholm hat den französischen Arbeiter- und Soldatenrat einen glänzenden Sieg über die Sozialpatrioten eingetragen. Am 27. Mai hat sich der Nationalrat der französischen Partei trotz des Widerstandes der Guesde, Renaudel usw. für eine Beschickung der Stockholmer Konferenz ausgesprochen. Um ihren Rückzug zu decken, haben die Mehrheitssozialisten erklärt, daß sie der Einladung des russischen Arbeiter- und Soldatenrates, nicht aber der des skandinavisch-holländischen Komitees folgen. Jedenfalls wird aber auch nun Frankreich bei den Verhandlungen in Stockholm vertreten sein. Auf die Bedeutung des Nationalratsbeschlusses vom 27. Mai für die französische Partei und für die Internationale werden wir noch zurückkommen.

Allem Anschein nach wird die eigentliche Stockholmer Konferenz erst im Juni stattfinden. Der Monat Juni wird ausgefüllt werden mit Vorbesprechungen der Komitees mit den einzelnen Gruppen der Internationale. Ob die Konferenz unter der Firma des skandinavisch-holländischen Komitees oder der des russischen Arbeiter- und Soldatenrates tagen wird, oder ob der letztere an erster beideren Konferenz teilnimmt, läßt sich auch heute noch nicht aus der Fülle sich oft widersprechender Nachrichten ersehen.

Fraglich ist noch, ob die Entente-Regierungen ihren Sozialisten Pässe nach Stockholm geben; auch die nordamerikanische Regierung verweigert die Pässe. Der friedensfeindliche Charakter der imperialistischen Regierungen würde den Völkern durch solch ein Vorgehen recht deutlich demonstriert. Der Friedenswille der Völker muß sich dann mit kräftigeren Mitteln als bisher durchsetzen.

Die internationale Gewerkschaftsbewegung soll in Stockholm ebenfalls ihre Tätigkeit einstellen und gewerkschaftliche Forderungen zum Friedensvertrage stellen. Ein sehr umfangreiches Programm ist bereits aufgestellt worden, in dem u. a. Freizügigkeit, Koalitionsrecht, Ausbau der sozialen Versicherungen, Regelung der Arbeitszeit, gesundheitlicher Schutz der

Arbeiter usw. gefordert wird. Auch die Fragen der Heim- und Kinderarbeit, die Arbeiterinnenfrage sind in dem Programm enthalten; auch wird ein internationales Arbeitsamt gefordert. Die Gewerkschaftsmitglieder werden gut tun, sich mit all diesen wichtigen Problemen zu befassen und nicht alles der Entscheidung einiger Führer zu überlassen.

In der Sozialdemokratie Schwedens ist es vor einigen Tagen zu einer Spaltung gekommen. Die Linke der schwedischen Partei hat sich, zum Teil aus ähnlichen Gründen wie in Deutschland, zu einer zweiten Partei zusammengeschlossen. Die Frage, ob grundsätzliche oder opportunistische Politik, spielt auch bei dieser Spaltung die Hauptrolle. Die Organisation der neuen schwedischen Partei sucht wie die deutsche Unabhängige Sozialdemokratie die demokratischen Garantien in der Partei zur Geltung zu bringen; auch wird auf außerparlamentarische Aktionen neben der parlamentarischen Betätigung Wert gelegt.

Herr Wilhelm Jansson, der fassiam bekannte iramme deutsche Regierungsozialist, der der J. A. aus Stockholm über den schwedischen Spaltungsvorgang berichtet, kann gar nicht genug entrißene Worte gegen den schwedischen „Parteidipoten“ Branting finden, der einem „bürgerlich-radikalistischen Reformismus“ huldigt und die Arbeiterpartei zeitweilig „vor den Karren der bürgerlichen Parteien spannt“. — Als ob es in Deutschland keine Parteidipoten gäbe! Und ist Herr Jansson nicht einer der leidenschaftlichsten Verfechter einer reformistischen Politik in Deutschland? Aber es ist das Los der Regierungsozialisten, daß sie sich in ein immer dichterem Gestrüpp von Widersprüchen verwickeln müssen.

In der inneren Politik Deutschlands herrscht trotz des Rauschens im alldeutschen Blätterwalde wieder einmal Kirchhofruhe. Diese wird Anfang Juli für kurze Zeit unterbrochen werden, wenn der Reichstag zusammentreten und neue Milliardenforderungen bewilligen darf. Dann kann sich auch der Verfassungsausschuß den Schlaf aus den Augen reiben und seine Stümperarbeit fortsetzen.

Von dem heillosen Steuerrittwarr in Deutschland zeugt die Tatsache, daß die Blätter in den letzten Tagen sich sehr ausführlich mit dem Problem einer kommenden Jungaccisen- und Ledigensteuer beschäftigen haben.

In der verflochtenen Woche kamen aus allen Teilen des Reiches lebhaft Klagen, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln nicht weniger wie alles zu wünschen übrig lasse.

Durch eine kaiserliche Kabinettsordre ist die Strafe des Anbindens, die den Vollzug des strengen Arrestes im Felde ersetzen sollte, aufgehoben worden.

Die Konjunktiven und Alldeutschen aller Parteilichrichtungen werden noch immer vom Annexionsdelirium heimgesucht. Aber auch die bürgerlichen Mittelparteien, die sich hinter Bethmann-Hollweg geschart haben, machen aus ihren „Sicherungs-“ und „Entschädigungs“-wünschen kein Hehl, so vor kurzem das große Zentrumsorgan, die „Köln. Volkszeitung“, die den alldeutschen Fäden nur zu einer etwas feineren Nummer verspannt. Das regierungsozialistische Zentralorgan schwingt jetzt sein papierernes Schwert gewaltig gegen die Alldeutschen und überficht dabei ganz, daß sein Auslandsredakteur die Auslandsnachrichten mit Woffen und mit einer Aufmachung ausstattet, daß sie ebenbürtig in der „Deutschen Tageszeitung“ stehen könnten. Ganz widerlich in seiner inneren Unehrlichkeit ist aber das Reklamegeschrei des Blattes, dessen Redaktion der gnädigen Dügung des Belagerungszustandes ihr Dasein verdankt, in der Friedensfrage. Das Vorstandsorgan tat in den letzten Tagen so, als ob die Stampfer-Scheidemann ganz allein den Weltfrieden in der hohlen Hand halten. Aber zum Glück fließt in Stockholm so viel kaltes Wasser zusammen, daß über die schon durch ihren Ueberreifer verdächtigen Reklamehelden manche kalte Dusche herabbrausen wird.

### Aus der Bewegung.

Erfurt für die Unabhängige Sozialdemokratie! Die Parteiorganisation des Reichstagswahlkreises Erfurt-Schleusingen-Ziegenbrück hat am ersten Pfingstfeiertag beschlossen, sich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands anzuschließen! Zum ersten Mal seit Kriegsbeginn fand eine Kreisgeneralversammlung statt. Bisher war man ausgekommen mit Vorstandskonferenzen und Besprechungen. Jetzt lagen aber bestimmte Anträge von Heidersbach vor, die unbedingt die Abhaltung einer Kreisgeneralversammlung notwendig machten. Der Abgeordnete (der Zeitin-Erfurt) Heinrich Schulz hatte das Referat über „Zustände in der Partei“, Genosse Redakteur Feyold das Korreferat übernommen. Bei Behandlung der Heidersbacher Anträge, die dem Abgeordneten Schulz ein Mißtrauensvotum ausgestellt



und ihm das Mandat aberkannt wissen wollten, ferner den Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratie verlangten, ging es zeitweise erregt zu. Der ärgste Unruher in der Partei, Heinrich Schulz, kündigte schließlich an, als er merkte, daß alles nichts nützte: Er werde das Mandat behalten, seine Tätigkeit im Kreise so einrichten, daß er besser in Fühlung bleibe und natürlich seine Anhänger sammeln und zur alten Partei zurückführen! Diese Erklärung schlug dem Fasch den Boden aus: Nahezu einstimmig wurde der Anschluss an die Unabhängige Sozialdemokratie beschlossen. Von 34 Delegierten aus zehn Parteien stimmten nur vier dagegen: drei aus Zühl und einer aus Erfurt! Außerdem stimmten dagegen der Bezirksvorsitzende und der Vorsitzende der Erfurter Pflanzkommission. Der wiedergewählte Kreisvorsitzende, Genosse Nowag, schloß um 7 Uhr abends die vom vormittags 10 Uhr an tagende Kreisgeneralversammlung mit anfeuernden Worten: „Wir haben schließlich und friedlich mit Schulz auseinandergelassen. Er hat uns mit seiner Erklärung den Kampf angeeignet, nun gut, er soll ihn haben.“

**Aus dem Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen-Boitungen-Witten.** Uns wird geschrieben: Die Sozialdemokratie als Trägerin und Förderin des sozialen Gedankens galt bis zum Ausbruch des Krieges, bei ihren Anhängern sowie weit darüber hinaus, als der Inbegriff von Recht und Gerechtigkeit. Da kam der Krieg, die erste große Belastungsprobe, und diese zeigt uns mit erschreckender Deutlichkeit, daß innerhalb der Partei, genau wie in der kapitalistischen Gesellschaft, rücksichtslose, eigennützige Elemente sich in den Vordergrund gedrängt, das Vertrauen der Massen getäuscht und zu ihrem Vorteil ausgenutzt haben. Als es galt, die Parteigrundsätze zu betätigen und den Kampf für Wahrheit und Recht aufzunehmen, siegte bei diesen Menschen, die verstanden hatten, in der Partei die Macht in ihre Hände zu bekommen, ihr kapitalistisches Empfinden, ihr eigenes „Ich“. Es wurde und wird gedreht und gedreht, gelogen und gebogen, auch gebrochen. Was gestern Wahrheit und Grundgesetz war, wurde zum alten Eisen geworfen. Parteigenossen, die den alten Grundsätzen treu geblieben sind, werden von diesen Unlernsozialisten auf das schäblichste verleumdet, verfolgt und brotlos gemacht. Eine Reformleistung im vorgenannten Sinn leistet sich das Bochumer Volksblatt. Einer späteren Zeit soll es vorbehalten sein, die Leistungen in ihren Einzelheiten zu beleuchten und den Genossen zu zeigen, mit welchen Illusionen und Phantasien einerseits und welcher Gefährlichkeit und Nachsicht andererseits gearbeitet wird. In Nr. 111 vom 12. 5. liefert das Volksblatt wieder eine Probe. Es schreibt da z. B.: Einige Duzend Oppositionsleute aus Prinzip und solche, die sich durch Redensarten der Kautsky und Daase und deren gedankenlose Nachbeter den Kopf verfleistern lassen. — Weiter: Für die krausen Ideen der Unabhängigen ist hier kein Boden!!!, um gleich weiter unten zu jammern, daß ganze Filialen mit Masse zur Unabhängigen übergetreten sind und die Gerichte beauftragt sind, dafür zu sorgen, daß das Geld in die richtigen Hände kommt. Schön nimmt sich folgendes Bekenntnis aus: „Es würde sich erübrigen, über alle diese Dinge hier noch mal zu reden, vor Lesern, die sich als Nichtmitglieder der Partei zum großen Teil gewiß dafür interessieren. — Die Herrschaften von der Unabhängigen Sozialdemokratie suchen die Parteiorganisation zu schädigen mit allen Mitteln, die Unverstand und Nachsicht nur aufzubringen vermögen. Dagegen werden dann, in weiteren lebenswürdigen Ausführungen, die wirklichen Sozialdemokraten zum Kampfe aufgerufen, um den verirrten Böden den richtigen Weg zu zeigen. — (Damit die „Schäse“ unter sich hübsch rubig bleiben.) —

Die geistige Verfassung der Redaktion wird in dem Abschnitt am trefflichsten illustriert, der anhebt: Zur Steiner der Wahrheit, und schließlich: alle anderen Darstellungen sind aus den Fingern gelogen. Darin wird über den Parteisekretär Windau gesagt: Für seine Richtung verlangte er Meinungsfreiheit, selbst dagegen suchte er zu verhüten, daß Anhänger der Parteimehrheit als Redner in Versammlungen geschickt wurden. — Der Vorstand mußte sich dieses Recht erst durch die Entlassung Windaus erkämpfen. Soviel Worte, soviel Lügen! Wahr ist — nachdem Windau auf der Reichskonferenz für die Opposition gestimmt hatte, ihm vom Vorstand allerlei Schwierigkeiten gemacht wurden. Ferner wird Gen. Windau der Unterschlagung oder widerrechtlichen Aneignung von 1063,84 Mk. beschuldigt und behauptet, er sei nicht ohne Gehaltszahlung entlassen. Obgleich Windau bis 1. Juli in Rindigung stand, ist laut Antrag des Bauarbeiterangehörigen Bendler-Gelsenkirchen Windau ohne Gehaltszahlung entlassen. Da Windau Kassierer des Vereins war und sich sein Gehalt gegen Quittung immer selbst ausgezahlt hatte, hat er auch diesmal zum Leidwesen des Vorstandes diesen einfachen Weg gewählt und sich sein rechtlich zustehendes Gehalt von 729 Mk. bis zum 1. Juli gegen Quittung selbst gezahlt. Die Verzögerung der Rückzahlung der 335 Mk. lag daran, daß dieser Betrag auf den Namen Windau auf dem Postcheckamt erst gelöst werden mußte. Die ganze Fassung und Aufmachung der Angelegenheit hat nur den Zweck, Windau zu verdächtigen und ihm die Ehre abzuschneiden. Die verleumdertische Absicht tritt noch deutlicher hervor, wenn man sich die Tatsache vor Augen hält, daß der Vorsitzende Studemeier dem Gen. Windau nach seiner Entlassung noch Postcheckkonten zugesandt hat. Die Kampfweise des Volksblatts wurde ja schon auf der Wittener Generalversammlung einstimmig verurteilt. Solche Knaben, die sich erdreisten, mit wegworfender Waise einen Kautsky, Bernstein, Daase der Parteischädigung zu bezichtigen, mögen doch mal erst selbst Sozialdemokraten werden. Es ist nicht damit getan, in bürgerlichen Kreisen als Nationalsozialisten zu glänzen, sondern Parteigrundsätze hochzuhalten und zu verteidigen. Die Sozialpatrioten sind aber alle gleich, wohin man

blüht. Sie haben die Methoden der Gewaltpolitik und hier im Kreise das System der „München-Oldbader“ Kampfweise übernommen und mit dem sie auf „Geduld und Verdriss“ verbunden sind. Die sogenannte „Bochumerlei“ ist ja zu bekannt. Man könnte ja so vieles darüber sagen und schreiben. Wie war es im vorigen Jahre? Einen notorischen Trunkenbold, der lange Jahre als Parteisekretär im Kreise tätig war, hat der Kreisvorsitzende Kühmeier stets die Hand über den Kopf gehalten. Dieses ging solange gut, bis der vordem Sekretär seines Amtes plötzlich enthoben wurde und eine Trinkerheilanstalt aufsuchen mußte. Darüber hat das Volksblatt seinen Ton verhalten lassen. Daß dieser saubere Patron der Parteikasse über 1000 Mk. gekostet hat, ohne jegliche Gegenleistung, davon haben bis heute Hunderte von Genossen im Kreise keine Ahnung.

Aber einen Genossen, der nun mal eine andere als die sozialpatriotische Richtung in der Partei vertritt, zu mahregeln und noch mit Schmutz zu bewerfen, das kennzeichnet so treffend die erbärmliche Kampfweise der Bochumer Mehrheitshelden. Gerade die sogenannte Mehrheit hat an dem Belagerungszustand mit seinen Beschränkungen mehr Interesse als die Regierung selbst, denn sie weiß, daß, sobald die Beschränkungen fallen, auch sie der Vergangenheit angehört. An den schwierigen gegenwärtigen Verhältnissen gemessen ist der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern, wo die große Masse der Parteigenossen und Genossinnen zur Einsicht kommt — (es gibt nichts umzulernen) — und diese Episode als eine vorübergehende Erscheinung betrachten wird.

### Aus den Organisationen.

**Eine Siebzehnjährige.** Ein echtes Proletariatskind ist sie, die am 30. Mai ihren 7. Geburtstag begehen konnte, Dittlie Bader. Schon frühzeitig verlor sie ihre Mutter. Der Vater, auch ein braver Parteigenosse, arbeitete allein für seine drei Kinder, wobei ihm Dittlie tüchtig half. Sie, die selber noch eine Mutter nötig gebrauchen konnte, mußte die Mutter für die Geschwister erziehen. Und je schwerer es dem alternden Vater wurde, alle Verpflichtungen zu erfüllen, desto mehr spannte Dittlie ihre Arbeitskraft an, um schließlich gänzlich die Sorge auch für den arbeitsunfähigen Vater zu übernehmen; bald als Heimarbeiterin, bald als Fabrikarbeiterin. Und wenn ihre jugendlichen Kolleginnen sich Vergnügen und Erholung gönnten, arbeitete und sorgte Dittlie Bader nur für Vater und Geschwister. Dem Vater wollte sie das Wahlrecht erhalten und deshalb konnte und durfte er keine Unterstützung annehmen. Und als gar noch der Bruder starb, nahm sie auch noch die Sorge für seine hinterbliebenen drei Kinder auf sich. Sie, die selber nie Mutter geworden, hat ihre Mutterpflichten erfüllt wie jede andere Mutter an ihren eigenen Kindern.

Sie, die so die Leiden und die Nöte des Proletariatslebens kennen lernte, fand noch Zeit, ein gutes Buch zu lesen und sich zu bilden. Der Sozialismus wurde ihr Evangelium. Und als in den 80er Jahren die ersten Frauenvereine gebildet wurden, gehörte Dittlie Bader zu den Genossinnen, die als eine der ersten sich mit ganzer Kraft in den Dienst der Sache stellten. Sie war überzeugt, wie nur jemand von der Größe der sozialistischen Sache überzeugt sein kann. Alle schweren häuslichen Sorgen haben sie nicht untergekört, immer wieder war sie zur Stelle, wenn es sich um die Partei handelte. Ratend, helfend, aufklärend, beteiligte sie sich in allen Phasen des Parteilebens. Für sie gab es keine Pause, kein Ausruhen. Ständig war sie von den Genossinnen zu den Parteitag delegiert und sie hat bis zum Inkrafttreten des Vereinsgesetzes das Amt als Vertrauensperson der Genossinnen treu und gewissenhaft und auch uneigennützig versehen. Die Genossinnen wissen die Arbeit zu würdigen, insbesondere wir im 2. Kreise. Und wenn Dittlie Bader durch die letzten Vorgänge nicht mehr die Befriedigung finden dürfte, die sie ihrer ganzen Parteivergangenheit nach wünschen möchte, so wünschen die Genossen und Genossinnen ihrer langjährigen Vertrauensperson, daß sie noch recht lange im Dienste einer klaren sozialistischen, proletarischen Frauenbewegung wirken möchte.

Für den Vorstand des 2. Wahlkreises:  
Jacubowski.

Wahlverein Schöneberg. Durch den Tod des Stadtverordneten Lagerhalter Reiche (Mierpartei)

siehen wir vor einer Neuwahl. Wenn auch die Wahl noch nicht ausgeschrieben ist, so hat der Vorstand beschlossen, unverzüglich in die Wahlkagation einzutreten.

### Vereins-Veranstaltungen.

#### Freireligiöse Gemeinde Berlin.

Sonntag, den 3. Juni, vorm. 9 Uhr. Bappell-Allee 15/17; Neutölln, Idealcasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Clarastr. 2; Freireligiöse Vorlesung. — Vorm. 10½ Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6; Vortrag von Herrn-Dr. Haffke: Märchen, Fabeln und Sagen. — Gäste willkommen.

**Unabhängiger Sozialdemokratischer Wahlverein Berlin-Schöneberg.** Sonntag, den 3. Juni cr. Familien-Ausflug nach dem Grunewald. Treffpunkt: Bahnhof Eberstraße. Abfahrt 2 Uhr nachm. Recht zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand.

### Quittung.

Für den Pressefonds: Revolverdreher A. G. Werner Lühowstr. 6, Liste 110 35,50 Mk. — 2 Mk. von 2 Feldgrauen. — 5 Mk. Feldpost Deese.

4. Kreis. Druckfehler-Berichtigung. In der Quittung der vorigen Nummer muß es heißen: Kollegen der Firma Riebe, Weißensee, auf Listen 2167 und 68 45,10 Mk.

### Achtung!

Gebundene Exemplare des Mitteilungsblattes für den Jahrgang 1916/17 werden im Verbandsbüro, Lindenstraße 3, zum Preise von 3 Mark in beschränkter Zahl abgegeben.

### Herzlichen Glückwunsch

dem Genossen August Hänge zu seinem am 31. Mai vollendeten 60. Geburtstag.

Die Genossen der Bezirke 805 und 806 sowie die Bezirke der 18a und 18b Abteilung.

### Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

#### 4. Wahlkreis.

Am 28. April fiel im Alter von 43 Jahren der Gastwirt

#### Herw.ann Hunziger

Jornдорfer Str. 80, Bezirk 405.

Am 23. Mai fiel im Alter von 40 Jahren der Tischler

#### Alfred Wolfram

Reichenbergerstr. 167, Bezirk 153.

Am 16. Mai fiel unser Genosse

#### Otto Tschäenül

Weidenweg 50, Bezirk 846 II.

Ehre ihrem Andenken!

### Nachruf.

#### 6. Wahlkreis.

Am Mittwoch, den 23. Mai, verstarb unser Genosse, der Steinweg

#### Karl Rischow

Feldzeugmeisterstr. 6, 12. Abt., Bez. 735.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim. Bezirk Pichtenberg.

Am 23. Mai verstarb unser Genosse

#### Karl Schulz

Travestraße. 2. Viertel.

Ehre ihrem Andenken!

### Sozialdemokratischer Wahlverein für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis.

Dienstag, den 5. Juni 1917, abends 8 Uhr, in den „Pharosälen“, Müllerstraße:

### Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung: 1. „Die Chartistenbewegung in England und ihre Lehren.“ Referent: Genosse Däumig. 2. Diskussion. Die Mitglieder werden um zahlreichen Besuch gebeten. Der Vorstand.

### Sozialdemokratischer Wahlverein Nieder-Barnim. Kreis-Generalversammlung

am Sonntag, den 10. Juni 1917, vormittags 10 Uhr, im „Café Bellevue“, Pichtenberg, Hauptstr. 2. Tagesordnung: 1. Vorstands- und Kassenbericht. 2. Wahl des Kreisvorstandes und der Revisoren. 3. Vortrag über: „Agitation und Organisation.“ Die Generalversammlung wird pünktlich um 10 Uhr eröffnet. Der Vorstand.

### General-Versammlung

des Unabhängigen sozialdemokratischen Wahlvereins Neukölln am Freitag, den 8. Juni, abends 8 Uhr, in den „Passage-Festsälen“, Bergstraße.

Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes. 4. Stellungnahme zur Kreis- und Verbands-Generalversammlung. Der Vorstand. J. A.: Fr. Koch, Vorsitzender.